

An die Genossen Pfneisl und Wagner, Graz



Werte Genossen! Wir sind mit Euch einer Meinung, weil wir genau so wie Ihr für das Recht des politischen Meinungsaustausches sind, haben wir für die Diskussion der strittigen Fragen unbeschränkte Redezeit gewährt. Natürlich hat das den Nachteil, dass die Diskussion sich zu lange zieht und die Parteiarbeit darunter leidet. Darüber hatte der Parteivorstand genau Eure Auffassungen. Aber der PV war gezwungen, diesen Nachteil in Kauf zu nehmen, um dem Argument, keinen Boden zu lassen, dass der PV jemandem das Recht, eine politische Meinung auszusprechen, nehmen wolle. Genosse Landau hatte als Korreferent bereits $3\frac{1}{4}$ Stunden gesprochen. Nach Einlangen Eurer Briefe beriet der PV über die Kürzung der Debatte, und es wurde dem Gen. Landau noch eine halbe Stunde Redezeit zugebilligt. Landau erklärte, er habe erst – ein Drittel seines Referates gehalten, und er verzichte auf die halb Stunde, da er das, wozu er noch so viel ($6\frac{1}{2}$) Stunden gebraucht hätte, in so kurzer Zeit nicht sagen könne. (Das Referat des Gen. Frey hatte zwei Stunden beansprucht.)

Der PV hat, in der Überzeugung, dass Euer Drängen nach dem Erweiterten PV vollkommen berechtigt ist – auch der PV war und ist für rascheste Einberufung das Erw. PV –, eine solche Kürzung der Redezeit beschlossen, die einerseits jedem Genossen ermöglicht, seine Meinung sagen zu können (nämlich: für Landau noch $\frac{1}{2}$ Stunde, Debatteredezeit 20 Minuten, Schlussworte je $\frac{3}{4}$ Stunden), andererseits aber Eurem berechtigten Verlangen, das durchaus dem Parteiinteresse entspricht, entgegenkommt. Leider ist die Einberufung für Ostern, was uns am liebsten gewesen wäre, nicht möglich, aber sie wird kurze Zeit darnach erfolgen, wir werden uns wegen des Termines mit Euch einige.

Es war uns bisher unbekannt, dass Ihr über Mieterschutz und Faschistenkurs Meinungsverschiedenheiten untereinander und, wie Ihr glaubt, auch mit uns habt. Wir ersuchen Euch, uns diese Differenzen umgehend bekanntzugeben, damit wir dazu Stellung nehmen und zugleich auch hierfür die Erw. PV Tagung² vorbereiten können.

Wir haben am 1. April eine Wechselschuld von 275 Schilling für die Arbeiterstimme zahlen müssen. Ihr könnt Euch vorstellen, was für eine Anspannung das war, dieses Geld aufzubringen. Damit die nächste Nummer erscheinen kann, müssen wir vorher 190 S [Schilling] erlegen. Das ist keine Kleinigkeit. Wir werden es aufbrin-

¹ Eingangsstempel der Bezirksorganisation Graz

² Tagung des Erweiterten Parteivorstands



gen müssen. Aber die nächste Ausgabe wird erst die Mainnummer sein. Außerdem haben wir ein Abkommen mit dem Drucker getroffen, das uns die allmähliche Abtragung unsrer Druckschuld ermöglicht.

Eine Hauptquelle der Schwierigkeiten unsrer Arbeiterstimme und unsrer finanziellen Schwierigkeiten überhaupt – wir sprechen darüber nicht, um Euch Vorwürfe zu machen, sondern um Euch das zu *erklären*, gerade weil uns auch die Aufbringung der Kosten der erweiterten PV tagung Kopfzerbrechen macht – war die nachträgliche Rückberufung des Mahnrufs von Wien nach Graz. Wir haben damals zusammen mit Euch einen Vertrag mit dem Wiener Drucker geschlossen, der sowohl Euch als auch uns merkliche Vorteile bot. Dieser Vertrag war der eine Pfeiler, worauf wir die Brücke zum Wochenblatt gebaut hatten. Ihr habt dann kurzerhand, was vor Eurem Grazer Standpunkt aus begreiflich war, den Wiener Vertrag benutzt, um für Euch beim Grazer Drucker bessere Bedingungen zu erzwingen. Als Euch das gelungen war, habt Ihr, uns vor vollendete Tatsachen stellend, einfach das Blatt wieder zum Druck nach Graz zurückgenommen. Wir wiederholen, wir machen Euch keine Vorwürfe, von Eurem Standpunkt war das geschäftsmännisch gehandelt. Aber uns habt Ihr dadurch in eine schlimme Lage gebracht. Wir konnten das Wochenblatt nun nicht stoppen und da uns durch Euer Verhalten der eine Hauptpfeiler weggerissen wurde, nun Woche für Woche Defizit, unsre Schuld, statt zu sinken, stieg, und das ist heute eine allentscheidendste Ursache unsrer gegenwärtigen Blatt- und Finanzschwierigkeiten.

Und wieder sagen wir: Kein Vorwurf soll das sein gegen Euch! Aber es soll Euch erklären und begreiflich machen, wie sehr unter solchen Umständen unsere Genossen nach jedem Groschen Umschau halten und es sehr begrüßen würden, wenn Ihr uns die verschiedenen Drucksorten (Mitgliedsbücher, Katatasterblätter, Beitrittserklärungen, Abzeichen etc.) – natürlich soweit Ihr sie noch nicht gezahlt habt! – bezahlen würdet und wenn Ihr uns die 10 % von den Beiträgen bezahlen würdet. Vergesst nicht, Genossen, dass die Reichskasse seit Herbst 1926, also seit dem faktischen Zusammenschluss der Grazer und Wiener Opposition, zusammen an die *sechs* Millionen für Graz ausgegeben hat und dass das heute einen bedeutenden Teil unsrer Schuld ausmacht (Darlehen).

Nochmals wiederholen wir: keine Vorwürfe sind das, aber ihr sollt verstehen, dass war nicht kleinlich sind, sondern eben in schwieriger Lage sind.

Was die Voitsberger Wahlen betrifft, so haben wir Euch rechtzeitig den politischen Wahlaufwurf geschickt. Wir haben damals ersucht, uns das konkrete Gemeindematerial



zu schicken oder einen Rohentwurf zu einem konkreten Gemeindeflugblatt. Da Ihr es nicht geschickt habt, haben wir angenommen, dass Ihr das Zeug in Euch fühlt, das selber zu machen, was uns gefreut hat und was wir begrüßen. Gerne hätten wir wie im Vorjahr den Voitsberger Genossen zur Wahl mit Geld unter die Arme gegriffen und sehr gerne hätten wir außerdem noch einen Referenten hingeschickt. Aber wir sind so finanziell hergenommen, dass wir das beim besten Willen einfach nicht können.

2. April 1928.

Mit kommunistischen Grüßen!

Im Auftrage des Parteivorstandes:



[Josef Frey, Stampiglie des Reichssekretariat der KPÖ (Opposition)]